

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 71. Sitzung am 24. August 2010 folgende Beschlüsse gefasst und nachstehende Wahl vorgenommen:

1. Fragestunde
 1. BauCard gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung am Bau
Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Jägers, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 16. Juni 2010
 2. Bildungsschecks zur Förderung der Weiterbildung von Beschäftigten
Anfrage der Abgeordneten Helga Ziegert, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 16. Juni 2010
 3. Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft
Anfrage der Abgeordneten Dr. Zahra Mohammadzadeh, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juni 2010
 4. Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels
Anfrage der Abgeordneten Thomas Ehmke, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 18. Juni 2010
 5. Bremische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Auslandseinsatz
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Juni 2010
 6. Vorgangsbearbeitungssystem für die Polizei Bremen
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. Juni 2010

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

7. Port Package III?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Frank Willmann, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Juli 2010

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

8. Positivkennzeichnung für die Gastronomie einführen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Juli 2010
9. Der gläserne Arbeitslose
Anfrage der Abgeordneten Inga Nitz, Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE. vom 19. Juli 2010
10. Personalmangel in bremischen Kitas
Anfrage der Abgeordneten Inga Nitz, Sirvan Cakici, Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE. vom 19. Juli 2010

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Neufestsetzung der Regelleistungen
Anfrage der Abgeordneten Horst Frehe, Dr. Matthias Güldner und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. August 2010
12. Landestheater für Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion
der SPD vom 10. August 2010
13. Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2011
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 16. August 2010

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

2. Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE. eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"The big google is watching you' - Google-street-view im Lande Bremen"

3. Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen -
Eingetragene Lebenspartnerschaften mit Ehen gleichstellen
Antrag des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der
Landesverfassung
vom 10. Juni 2010
(Drucksache 17/1328)
3. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

4. Perspektiven der beruflichen Bildung im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. März 2010
(Drucksache 17/1242)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 15. Juni 2010
(Drucksache 17/1348)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

5. Entwicklung der Ganztagschule im Lande Bremen
 Große Anfrage der Fraktion der CDU
 vom 13. April 2010
 (Drucksache 17/1248)
 Dazu
 Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2010
 (Drucksache 17/1359)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

6. Individuelle Hilfen für Menschen mit Behinderungen stärken
 - Transparenz und Wirtschaftlichkeit schaffen
 Antrag der Fraktion der FDP
 vom 14. April 2010
 (Drucksache 17/1254)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

7. Zeitgemäße Unterstützung von Menschen mit Behinderung
 - Eingliederungshilfe weiterentwickeln
 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
 vom 15. Juni 2010
 (Drucksache 17/1345)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. Menschen mit Behinderungen mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen. Dies bedeutet, die Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Versorgungsform zu erhöhen. Dazu gehört es, konkrete Schritte zur professionellen Ambulantisierung von Eingliederungshilfeleistungen im Bereich des stationären Wohnens zu unternehmen. Zu diesem Zwecke sollen Zielvereinbarungen mit den Leistungserbringern abgeschlossen werden.
2. verstärkt Alternativen zur teilstationären Beschäftigung behinderter Menschen in der Werkstatt für behinderte Menschen zu entwickeln, um die Wahlmöglichkeiten zu erhöhen. Hierzu sollen die Instrumente zur Förderung des Übergangs in den allgemeinen Arbeitsmarkt ausgeschöpft werden. Dazu gehört eine umfassende Beratung und Begleitung.
3. dafür zu sorgen, dass die zuständige Verwaltung über den Einsatz des persönlichen Budgets umfassend geschult wird und potenzielle Budgetnehmerinnen und -nehmer und Leistungserbringer vor und bei der Beantragung eines persönlichen Budgets umfassend beraten und bei der Umsetzung unterstützt werden, auch durch unabhängige Beratungsstellen.
4. die sehr unterschiedlichen Strukturen der Vergütungen transparenter und gerechter zu gestalten, indem unter Beachtung der Hinweise des Rechnungshofs Preise für einzelne Leistungen gebildet werden, die als einzelne Leistungsmodulare ausgewählt oder abgewählt werden können.

5. die Umsetzung dieser Forderungen kostenneutral zu gestalten oder sogar Einsparungen zu erzielen.
6. die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe auf Bundesebene hin zu einer personenbezogenen Leistungsform, die sich nach individuellen Bedürfnissen der Berechtigten richtet, zu unterstützen.
7. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2010 über seine Aktivitäten zu berichten.
8. Keine weiteren Steuersenkungen - kommunale Finanzen sichern und stärken
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. August 2010
(Neufassung der Drs. 17/1256 vom 14. April 2010)
(Drucksache 17/1406)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. dafür einzutreten, dass die Gewerbesteuer als wichtigste Steuereinnahmequelle der Kommunen erhalten bleibt und weiterentwickelt wird, wie dies die kommunalen Spitzenverbände fordern. Zielsetzung muss sein, eine gestärkte und stabile Einnahmequelle für die Kommunen zu sichern;
2. weiteren Steuersenkungen, die zulasten der kommunalen Haushalte und damit auch Bremens und Bremerhavens gehen, im Bundesrat nicht zuzustimmen;
3. sich in einem breiten Bündnis der Kommunen für eine Stabilisierung der Einnahmehasis und eine Entlastung bei den Sozialausgaben - insbesondere bei den kommunalen Anteilen an den Kosten der Unterkunft und der Grundsicherung im Alter - einzusetzen;
4. sich im Bundesrat für eine realitätsnahe Bedarfsrechnung für die Inanspruchnahme des Kita-Rechtsanspruchs ab 2013 einzusetzen, da bei einer absehbaren Unterfinanzierung die Kommunen eine finanzielle Lücke nicht allein auffangen können;
5. sich im Rahmen der Neuordnung der Gemeindefinanzierung für eine Stärkung der Beteiligungsrechte der Kommunen bei Bundesgesetzsvorhaben, die Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen haben, einzusetzen.
9. Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes und anderer Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 11. Mai 2010
(Drucksache 17/1288)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

10. Transparenz und demokratische Kontrolle der Verwendung zweckgebundener Sondereinnahmen verbessern
Gesetz zur Änderung des Bremischen Abwasserabgabengesetzes und des Gesetzes über die Erhebung einer Wasserentnahmegebühr
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 21. Mai 2010
(Drucksache 17/1303)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

11. Gesetz zur Einführung eines Hinterlegungsgesetzes und zur Änderung landesrechtlicher Vorschriften
Mitteilung des Senats vom 8. Juni 2010
(Drucksache 17/1322)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

12. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete Ulrike Hiller als stellvertretendes Mitglied für die neunte Amtszeit des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE), bis 2012.

13. Zweites Gesetz zu dem Dataport-Staatsvertrag
Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2010
(Drucksache 17/1360)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

14. Demokratische Willensbildung auf der europäischen und der bundesstaatlichen Ebene legitimieren; Einwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten der deutschen Landesparlamente stärken
Bericht über die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Bundesrates und des Bundestages - LPK - vom 21. und 22. Juni 2010
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 6. Juli 2010
(Drucksache 17/1368)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Präsidenten Kenntnis und überweist ihn zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss (federführend) und an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

15. Bericht über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechtes für das Jahr 2009 (Beleihungsbericht 2009)
Mitteilung des Senats vom 6. Juli 2010
(Drucksache 17/1369)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

16. Gesetz zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2010
(Drucksache 17/1372)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

17. Unterkünfte frei gemeinnütziger Träger bei Klassenfahrten nicht benachteiligen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. August 2009
(Drucksache 17/875)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

18. Unterkünfte frei gemeinnütziger Träger bei Klassenfahrten nicht benachteiligen
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2010
(Drucksache 17/1373)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

19. Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesstraßengesetzes
Mitteilung des Senats vom 10. August 2010
(Drucksache 17/1383)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

20. Verwaltungsvorschrift über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen)
hier: Auflistung der Beträge aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen für das Jahr 2009
Mitteilung des Senats vom 10. August 2010
(Drucksache 17/1384)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

21. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 36
vom 17. August 2010
(Drucksache 17/1393)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

22. Änderung der Zahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 18. August 2010
(Drucksache 17/1399)

Der Ausschuss besteht aus elf Mitgliedern und elf stellvertretenden Mitgliedern.

23. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 18. August 2010
(Drucksache 17/1400)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.